

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Bundesregierung will Berichtspflicht für Jugendverbände einführen

Die Bundesregierung will die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen der nachfolgenden Generationen verbessern. Einen umfassenden Überblick über diese

Berichtspflicht zur Qualitätssteigerung der innerverbandlichen Jugendbeteiligung einzuführen. Die 292-seitige Bundestags-Drucksache 16/4818 enthält zahlreiche Informationen zur Situation junger Menschen in Deutschland. Das Dokument ist

untergeladen werden. Einsendeschluss der Bewerbungen ist am 30. Dezember 2007.

Internet <http://www.dieGesellschafter.de/gemeinschaftsbildet>

Universität Kassel bildet Lehrkräfte für Sozialpädagogik aus

Ein neuer Masterstudiengang der Universität Kassel bietet angehenden Lehrkräften an beruflichen Schulen mit sozialpädagogischer oder sozialpflegerischer Ausrichtung die nötige Qualifikation. »Sozialpädagogik an beruflichen Schulen« ist ein anwendungsorientierter viersemestriger Studiengang, der sich an Absolventen mit Studienabschlüssen (Bachelor oder Diplom) in Sozialwesen, Soziale Arbeit, Sozialarbeit oder Sozialpädagogik richtet. Der Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel füllt mit diesem Studienangebot eine in Deutschland bestehende Lücke, die bei speziell qualifizierten Absolventen für eine Lehr- und Dozententätigkeit im Bereich der (schulischen) Aus- und Weiterbildung Sozialer Berufe besteht.

Internet <http://www.uni-kassel.de/zsb/sozial.pdf>



In ihrer Antwort auf eine Bundestagsanfrage gibt die Bundesregierung einen umfassenden Überblick über die aktuelle Politik für junge Menschen. Das Dokument ist kostenlos im Internet-Angebot des Bundestages abrufbar.

Politik für Jugendliche gibt die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage »Jugendliche in Deutschland: Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit« der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Bundesregierung stelle die Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und deren Familien in den Mittelpunkt ihres Handelns. Alle Kinder und Jugendlichen sollten von Anfang an gleiche Chancen haben, ihre vielfältigen Fähigkeiten und Talente zu entwickeln. Es gehe der Bundesregierung um die verlässliche und kompetente Unterstützung aller Kinder, die in diese Gesellschaft hineinwachsen. Bei der Partizipation von Jugendlichen sehe der Bund eine wichtige Aufgabe darin, die Beteiligung in vorhandenen Regelsystemen zu stärken, statt Parallelstrukturen aufzubauen. Aus diesem Grund beabsichtige das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, im Rahmen der von den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zu erstellenden Sachberichte künftig auch eine

kostenlos auf der Website des Deutschen Bundestages abrufbar.

Internet <http://www.bundestag.de>

Wettbewerb ausgeschrieben:

»Gemeinschaft bildet«

Die Arbeiterwohlfahrt vertritt innerhalb der Aktion-Mensch-Kampagne »DieGesellschafter.de« den Themenbereich Bildung. Zur Vertiefung dieses Themas führt sie gemeinsam mit der Aktion Mensch »Gemeinschaft bildet – der Wettbewerb für Projekte der Kinder- und Jugendhilfe« durch. Ziel ist die Gewinnung beispielhafter Projekte, die Kinder und Jugendliche in ihrem Umfeld ansprechen und ihnen ermöglichen, ihre Kompetenzen zu entdecken, zu entwickeln und zu stärken. Der Wettbewerb richtet sich an alle Einrichtungen und Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Eine Jury wird die besten zehn Projekte auswählen und prämiieren; diese und weitere Beispiele werden in einer Broschüre veröffentlicht. Das Faltblatt zum Wettbewerb und die Teilnahmeunterlagen können im Internet her-

Inobhutnahme:

71 Kinder und Jugendliche täglich

Im Jahr 2006 wurden in Deutschland 25.800 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren dies rund 400 (+ 2%) mehr als 2005. Damit nahmen die Jugendämter 2006 pro Tag rein rechnerisch rund 71 Kinder und Jugendliche in Obhut. Die Inobhutnahme nach § 42 Abs. 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, wenn sie sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative Anderer (etwa der Polizei oder Erzieher) in Obhut und bringen sie – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung unter, etwa in einem Heim. Eine detaillierte Statistik ist auf der Website des Statistischen Bundesamts verfügbar.

Internet <http://www.destatis.de>

Paritätischer: Ausbildungspakt greift zu kurz

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert die Bundesregierung angesichts der anhaltenden Lehrstellenmisere auf, die Initiativen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu erweitern. Die Politik dürfe sich nicht mit dem Hinweis auf eine Entspannung des Lehrstellenmarkts Anfang des nächsten Jahrzehnts aus der Verantwortung stehlen, sagte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Die enttäuschende Bilanz der Bundesagentur für Arbeit zeige, dass der Ausbildungspakt allein nicht instande sei, das Lehrstellenproblem zu lösen. Wir bräuchten jetzt durchgreifende Strukturreformen, die den Jugendlichen von heute eine Chance auf Ausbildung geben. Die Prognose, dass erst in fünf Jahren eine Besserung der Lehrstellenmisere zu erwarten ist, stürze allzu viele Jugendliche in Perspektivlosigkeit. Das sei sozial- und gesellschaftspolitisch nicht akzeptabel, sagte Schneider. In diesem Jahr stünden erneut 300.000 Jugendliche Schlange um Ausbildung, die bereits im vorigen Jahr nicht zum Zuge kamen. Die Hälfte der Hauptschülerinnen und Hauptschüler und ein noch höherer Anteil von Jugendlichen aus Migrantenfamilien würden im Konkurrenzkampf um die viel zu knappen Ausbildungsplätze abgehängt, so der Hauptgeschäftsführer des Wohlfahrtsverbandes. Es sei dringend erforderlich, den

Übergang von der Schule ins Berufsleben zu verbessern. Dazu müssten vorhandene Maßnahmen besser koordiniert und zielgruppenspezifisch erweitert werden. Besonders die Förderung von Jugendlichen mit schlechten Startchancen müsse ausgebaut werden, fordert der Paritätische. Vorrang müsse dabei die betriebliche Ausbildung haben. Firmen sollten unterstützt werden, Lehrstellen auch für diese Jugendlichen zu schaffen. Dazu seien ausbildungsbegleitende Hilfen und Unterstützung beim Ausbildungsmanagement nötig. Ergänzend dazu würden besonders in den westlichen Bundesländern mehr außerbetriebliche Ausbildungsangebote benötigt. Gerade die Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen seien aufgefordert, ihre Förderung stärker darauf auszurichten, dass Jugendliche einen Berufsabschluss erwerben können, so Schneider. Die Vermittlung in Ausbildung müsse Vorrang haben vor der Vermittlung in Arbeit.

Paritätischer Wohlfahrtsverband — Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13—14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

»JobPerspektive«: Arbeitshilfe erschienen

Mit den Leistungen zur Beschäftigungsförderung (»JobPerspektive«, § 16 a SGB II) für Arbeitgeber wird in der Ar-

beitsmarktpolitik erstmals ein Instrument eingeführt, das Menschen mit besonders schweren Vermittlungshemmnissen, die auf absehbare Zeit keine Chancen haben, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden, eine dauerhafte Perspektive zur Teilnahme am Erwerbsleben eröffnen soll. Die Leistungen sind ausschließlich für langzeitarbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige mit mehreren Vermittlungshemmnissen vorgesehen, die nachweislich unter Einsatz aller bereits vorhandenen arbeitsmarktlichen Regelungsinstrumente oder anderen Unterstützungsleistungen auf absehbare Zeit nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden können. Auch soziale Organisationen können den Beschäftigungszuschuss beim Abschluss von Arbeitsverträgen mit Langzeitarbeitslosen in Anspruch nehmen. Zudem können sich soziale Leistungsanbieter an der Umsetzung von Eingliederungsleistungen während der mindestens sechs Monate dauernden »Aktivierungsphase« beteiligen, beispielsweise mit Förderangeboten zum Aufbau einer Tagesstruktur. Die Bundesagentur für Arbeit hat eine Arbeitshilfe vorgelegt, die die rechtlichen Grundlagen erläutert, verbindliche Weisungen zur Rechtsauslegung und Empfehlungen zur Umsetzung gibt. Die 27-seitige Arbeitshilfe kann kostenlos als PDF-Dokument bei der Redaktion der Blätter der Wohlfahrtspflege angefordert werden (E-Mail pfannendoerfer@nomos.de).

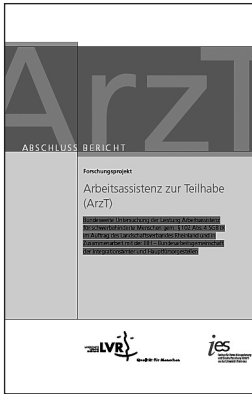
Bundesagentur für Arbeit, 90327 Nürnberg, Telefon 0911 179-0, Fax 0911 1792123, E-Mail Zentrale@arbeitsagentur.de, Internet <http://www.arbeitsagentur.de>

Mit Arbeitsassistenz zur besseren Teilhabe

Der Landschaftsverband Rheinland hat seinen Abschlussbericht zum Forschungsprojekt »Arbeitsassistenz zur Teilhabe« vorgelegt. Die bundesweite Studie der Leistung Arbeitsassistenz für schwerbehinderte Menschen (§ 102 Abs. 4 SGB IX) wurde im Auftrag des Landschaftsverbandes Rheinland und in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen durchgeführt. Als Fazit belegt der Untersuchung die Praxistauglichkeit dieses seit Oktober 2002 bestehenden Unterstützungsangebots. Sie zeigt, dass die Leistungsfähigkeit des Menschen mit Behinderung mit Hilfe



In Paris hat das neue Immigrationsmuseum seine Pforten geöffnet. Die »Cite nationale de l'histoire de l'immigration« (CNHI) hat sich zum Ziel gesetzt, den Beitrag der Immigration »zu erkennen und anzuerkennen«. Die Ausstellung gibt einen umfassenden Überblick über die sozial, wirtschaftlich oder politisch motivierten Einwanderungswellen in Frankreich der letzten zweihundert Jahre. Informationen: <http://www.histoire-immigration.fr>



von Arbeitsassistenten deutlich gesteigert werden kann. Das wiederum wirkt sich nicht nur auf ihn selbst, sondern auch auf die Unternehmen, in denen er beschäftigt sind,

positiv aus. Insofern sei davon auszugehen, dass sich durch die Arbeitsassistenten die Chancen von schwerbehinderten Menschen auf dem Arbeitsmarkt und damit auch ihre soziale Absicherung erhöht haben. Die geäußerte Zufriedenheit ist durchgängig sehr hoch, und zwar auf allen Seiten: bei den schwerbehinderten Menschen, die die Arbeitsassistenten erhalten, bei den Assistenzkräften, die sie erbringen, und bei den Arbeitgebern, bei denen die schwerbehinderten Menschen beschäftigt sind. Der 118-seitige Bericht kann kostenlos als PDF-Dokument von der Website des Landschaftsverbandes Rheinland heruntergeladen werden (http://www.lvr.de/soziales/arbeitsbehinderung/aktionen_projekte/forschungsbericht_arbeitsassistenten_bf_v02.pdf).

Landschaftsverband Rheinland, 50663 Köln, Telefon 0221 809-0, Fax 0221 8092829, E-Mail info@lvr.de, Internet <http://www.lvr.de>

Rheinland-Pfalz veröffentlicht

»Handbuch Budget für Arbeit«

In Rheinland-Pfalz werden seit März 2006 Persönliche Budgets für den Bereich der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erprobt. Ziel des Projektes ist es, behinderte Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren und so die Eingliederungshilfe zu entlasten. Grundlage des Modellprojektes ist eine Zielvereinbarung des Mainzer Sozialministeriums u. a. mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz. Das zuständige Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen in Rheinland-Pfalz hat nun innerhalb seines Modellprogramms ein »Handbuch zur praktischen Anwendung« herausgegeben. Die 50-seitige Broschüre beschreibt die Ausgangslage für das Modell, erläutert die rechtlichen

Termine

Sich und andere führen. Gelingende Führung als Ergebnis konstruktiver Zusammenarbeit von Führenden und Geführten. 12. Januar 2008 in Zürich. Seminargebühr 175,- Schweizer Franken. Schule für Sozialbegleitung, Josefstraße 53, 8005 Zürich, Telefon 0041 3618881, Fax 0041 3618858, E-Mail info@sozialbegleitung.ch, Internet <http://sozialbegleitung.ch>

Kompaktkurs: Fallpräsentation und ressourcenorientierte kollegiale Beratung – auch als Modell der Risikoabwägung im Kinderschutz. 14. bis 16. Januar 2008 in Essen. Kosten 250,- Euro. LüttringHaus, Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case Management (DGCC), Gervinusstraße 6, 45144 Essen, Telefon 0201 287914, Fax 0201 2720240, E-Mail ml@luettringhaus.de, Internet <http://luettringhaus.de>

Ressourcenorientierte Haltungen und Handlungsansätze in der Sozialpsychiatrie. 16. bis 18. Januar 2008 in Freiburg im Breisgau. Seminargebühr 290,- Euro, zuzüglich Kosten für Unterkunft und Verpflegung (58,50 Euro je Tag). Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 4 20, 79004 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200-538, Fax 0761 200-199, E-Mail akademie@caritas.de, Internet <http://www.fak.caritas.de>

Die Zusammenarbeit von Jugendamt und Familiengericht — Anspruch und Wirklichkeit. 28. und 29. Januar 2008 in Berlin. Teilnahmegebühr 175,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail info@kbw.de, Internet <http://www.kbw.de>

Persönliches Budget - Chancen und Probleme für Betroffene. Erfahrungen in der Praxis. 29. und 30. Januar 2008 in Berlin. Teilnahmegebühr 200,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail info@kbw.de, Internet <http://www.kbw.de>

Fallmanagement für Behinderte. Aufbau und Durchführung eines Hilfeplangesprächs. 14. und 15. Februar 2008 in Berlin. Teilnahmegebühr 200,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail info@kbw.de, Internet <http://www.kbw.de>

Strategiefähig? Kampagnenfähig? Die politische Öffentlichkeitsarbeit Sozialer Arbeit. 3. Hohenheimer Sozialarbeitspolitiktage an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. 15. und 16. Februar 2008 in Stuttgart. Tagungskosten 110,- Euro, Verpflegung und Übernachtung im Einzelzimmer 40,- Euro. Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Im Schellenkönig 61, 70184 Stuttgart, Telefon 0711/1 64 07 28, Fax 0711/1 64 08 28, E-Mail lallinger@akademie-vs.de, Internet <http://www.akademie-rs.de>

Systeme im Wandel: Familie, Frühförderung, Interdisziplinarität. 15. Symposium Frühförderung, 22. bis 24. Februar 2008 in Hamburg. Vereinigung für Interdisziplinäre Frühförderung e. V. (VIFF), Seidlstraße 4, 80335 München, Telefon 089 545898-27, E-Mail symposium@fruehfoerderung-viff.de, Internet <http://www.fruehfoerderung-viff.de>

»Eltern stützen — Kinder schützen« AFET-Fachtagung 2008. 16. und 17. April 2008 in Hannover. AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e. V., Osterstraße 27, 30159 Hannover, Telefon 0511 35399142, Fax 0511 35399150, E-Mail info@afet-ev.de, Internet <http://www.afet-ev.de>

Kosten- und Qualitätsmanagement in der Jugendhilfe, insbesondere bei den Hilfen zur Erziehung. 24. und 25. April 2008 in Berlin. Teilnahmegebühr 175,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail info@kbw.de, Internet <http://www.kbw.de>

»Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!« 13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag. 18. bis 20. Juni 2008 in Essen. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Telefon 030 40040-219, E-Mail sabine.kummetat@agj.de, Internet <http://www.jugendhilfetag.de>

Grundlagen und den ins Auge gefassten Personenkreis. In einem Kapitel über das Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren stehen Mustervordrucke, Formblätter und Excel-Tabellen zur Verfügung. Das Handbuch kann kostenlos als PDF-Dokument bei der Redaktion von SOZIALwirtschaft aktuell angefordert werden (E-Mail pfannendoerfer@nomos.de).

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, Internet <http://www.masgff.rlp.de>

Förderprogramm für Ferienmaßnahmen verlängert

Aktion Mensch fördert auch im nächsten Jahr wieder Ferienmaßnahmen für Menschen mit Behinderung. Anträge können nur noch per Internet bei der Aktion Mensch gestellt werden (vgl. SOZIALwirtschaft aktuell 15-16/2007). Die Antragstellung ist möglich vom 1. November 2007 bis zum 31. März 2008. Gefördert werden die behinderungsbedingten Mehraufwendungen bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen bei einer Mindestdauer von fünf Tagen mit einer Pauschale von 30,- Euro je Tag und Betreuer. Für die Berechnung der Pauschale zählen An- und Abreisetag zusammen als ein Tag. Über die weiteren Einzelheiten informiert ein Merkblatt, das auf der Website von Aktion Mensch zur Verfügung steht.

Internet <http://www.aktion-mensch.de>

Innovatives Versicherungsangebot für Menschen mit Behinderung

Behinderte Menschen sollen künftig leichter Zugang zu einem ausreichenden Versicherungsschutz erhalten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat gemeinsam mit der Union Versicherungsdienst GmbH eine Versicherungsstelle für chronisch kranke und behinderte Menschen eingerichtet und will speziell auf deren Bedürfnisse zugeschnittene Versicherungsangebote entwickeln. Derzeit haben beispielsweise Menschen mit einer geistigen Behinderung Schwierigkeiten, eine Unfall- oder Haftpflichtversicherung zu erhalten. Rückenwind erhält das Vorhaben durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das die Benachteiligung behinderter Menschen verbietet. Der Paritätische ist Gesellschafter des Union

Versicherungsdienstes, der bundesweit mehrere Tausend Einrichtungen des Paritätischen betreut.

Paritätischer Wohlfahrtsverband — Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13—14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Persönliches Budget: Lebenshilfe gibt Tipps für Leistungserbringer

Der Landesverband Baden-Württemberg der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung legt eine Arbeitshilfe zur »Umsetzung des Persönlichen Budgets im Wohnbereich« vor. Die 12-seitige Broschüre gibt konkrete Tipps für Leistungserbringer, wie sie sich auf das Persönliche Budget einstellen können. Themen sind die Angebotsgestaltung, die Sichtung der Marktsituation im Umfeld des Persönlichen Budgets, das Verhältnis zum Budgetnehmer und die Organisations- und Personalentwicklung. Die Arbeitshilfe listet vierzehn Bereiche auf, in denen viele Träger sozialer Dienste und Einrichtungen bereits über umfangreiche Kompetenzen verfügen und deshalb oft ohne großen Aufwand zusätzliche Angebote speziell für Budgetnehmer entwickeln können: individuelle Begleitung von Familien, individuelle Basisversorgung, Wohnung, Haushaltsführung, finanzielle, rechtliche und behördliche Angelegenheiten, Kommunikation und Gestaltung sozialer Beziehungen, Arbeit und Tagesstrukturierung, individuelle Freizeitgestaltung, Gruppenangebote in Freizeit und Sport, Freizeiten, Erwachsenenbildung, Hilfen zur Lebensplanung und Lebensbewältigung, medizinische und gesundheitsfördernde Angelegenheiten, Beratung. Als Materialien bereitgestellt wird zudem ein Gerüst zur Gliederung eines Leistungskataloges und eine Beispielkalkulation für eine Fachkraftstunde. Das Arbeitspapier kann kostenlos von der Website des PARITÄTISCHEN Kompetenzzentrums Persönliches Budget heruntergeladen werden.

<http://www.budget.paritaet.org>
(Rubrik Leistungserbringer)

Europaweite Onlinesuche für Hilfsmittel

Das europäische Internetportal »European Assistive Technology Information Network« (EASTIN) hat eine Online-Datenbank für Hilfsmittel aufgebaut und für die Öffentlichkeit freigegeben. Das Pro-

jekt wurde von der Europäischen Union mitfinanziert und in Deutschland vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln begleitet, wo auch die Rehadat-Datenbank, ein Informationssystem zur beruflichen Rehabilitation (www.rehadat.de), beheimatet ist. Senioren, Menschen mit Behinderungen und Experten können in der neuen Datenbank die entsprechenden Produkte suchen und vergleichen. Die eingestellten Informationen stammen aus Deutschland, Spanien, Italien, Großbritannien, Dänemark und den Niederlanden. Neben Warenbeschreibungen, Preisen und Herstellerhinweisen liefert das Portal auch Tipps für Auswahl und Gebrauch. Die Informationen sind sie in den jeweiligen Landessprachen verfügbar.

Internet <http://www.eastin.info>

Auf dem Weg zu einem neuen Heimrecht

Das Heimgesetz regelt den Schutz von Menschen, die wegen ihres Alters, ihrer Behinderung oder ihrer Pflegebedürftigkeit der Heimpflege bedürfen. Mit der Föderalismusreform im letzten Jahr ging das Heimrecht zum großen Teil in die Zuständigkeit der Bundesländer über. Solange noch kein neues Länder-Heimrecht verabschiedet wurde, gilt zwar weiterhin das Bundes-Heimrecht. Einige Länder haben aber die erweiterten Gesetzgebungsmöglichkeiten bereits genutzt, um Vorschläge für neue landesspezifische Regelungen zu unterbreiten. Insgesamt besteht angesichts der Vielfältigkeit der erforderlichen Regelungen auch bei Experten Unklarheit über den Stand der zahlreichen Verfahren. Das Diakonische Werk der EKD und der Deutsche Caritasverband haben deshalb eine Synopse erarbeitet, die mit Stand vom 27. August 2007 eine Übersicht zum Gesetzgebungsverfahren zum Heimrecht in den einzelnen Ländern gibt. Die Tabelle kann kostenlos als PDF-Datei bei der Redaktion von SOZIALwirtschaft aktuell abgerufen werden (E-Mail pfannendoerfer@nomos.de).

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin, Telefon 030 83001-0, Fax 030 83001-222

Deutscher Caritasverband e. V., Karlstraße 40, 79104 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200-0, Fax 0761 200541, E-Mail info@caritas.de, Internet <http://www.caritas.de>

Acht Prozent mehr**Grundsicherungsempfänger**

Am Jahresende 2006 erhielten nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts in Deutschland rund 682.000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Insgesamt bezogen damit ein Prozent der Bevölkerung ab 18 Jahren diese Sozialleistung. Gegenüber 2005 erhöhte sich die Zahl der Hilfebezieher um rund 52.000 Personen oder 8,2 Prozent. Seit dem ersten Erhebungsstichtag am Jahresende 2003, als rund 439.000 Grundsicherungsempfänger gemeldet wurden, hat sich die Zahl bis zum Jahresende 2006 um 55,4 Prozent erhöht. Im Durchschnitt errechnete sich für einen Grundsicherungsempfänger zum Jahresende 2006 in Deutschland ein monatlicher Bruttobedarf von 614 Euro, wovon im Schnitt 262 Euro auf Unterkunft und Heizung entfielen. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 233 Euro wurden je Empfänger netto monatlich durchschnittlich 381 Euro an Grundsicherungsleistungen ausgezahlt. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Seit 1. Januar 2005 werden diese Leistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII Sozialhilfe) gewährt. Sie können bei Bedürftigkeit von 18- bis 64-jährigen Personen, wenn diese dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sowie von Personen ab 65 Jahren in Anspruch genommen werden.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Überschuldete Personen haben im Schnitt 37.000 Euro Schulden

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes waren Personen, die im Jahre 2006 von einer Schuldnerberatungsstelle betreut wurden, im Durchschnitt mit knapp 37.000 Euro verschuldet bei einem monatlichen Nettoeinkommen von durchschnittlich 1.150 Euro. Bei knapp 60 Prozent lagen die Einkünfte unter 900 Euro. Diese Angaben beruhen auf einer Befragung von 124 Schuldnerberatungsstellen, deren Dienste 2006 von rund 47.000 Personen in Anspruch genommen worden sind. Mehr als

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

Der Allgemeine Sozialdienst

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2002

Lebensführung, Lebensbewältigung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2002

Daseinsvorsorge

Extra: Die PISA-Studie und die Bürgergesellschaft

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2002

Armut und Integration

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2002

Lebenslagen im Alter

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2002

Bürgerbeteiligung

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2002

Bildung und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2003

Menschen mit Behinderungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2003

Familienpolitik, Familienhilfe

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2003

Fachsozialarbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2003

Unternehmensführung in der Altenhilfe

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2003

Elementarerziehung

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2003

Kommunale Sozialpolitik

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2004

Case Management

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2004

Brennpunkte der Jugendhilfe

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2004

Ambulante Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2004

Interkulturelle Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2004

Demografischer Wandel

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2005

Bildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2005

Bürgerengagement

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2005

Gemeindepsychiatrie

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2005

Standards Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2005

Performanz — Wissen, was man tut, und zeigen, was man leistet

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2005

Wohngemeinschaften

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2006

Ausbildung in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2006

Die Verortung Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2006

Wirtschaft

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2006

Das Persönliche Budget

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2006

Engagement als Ressource

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2006

Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007

Stiftungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007

Beratung

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007

Krisendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007



Schnittstellen
der Jugendhilfe
*Blätter der
Wohlfahrtspflege
5/2007*

Das Angebot wirksamer Hilfen für Menschen in schweren persönlichen Krisensituationen ist in Deutschland prekär. Gründe dafür sind unzureichende Finanzierungsgrundlagen für mobil arbeitende gemeindepsychiatrische Dienste, das Fehlen verbindlicher fachlicher Standards für psychosoziale Notfallhilfe und die geringe Bedarfsorientierung vorhandener Dienste. Die Entwicklung eines Standardangebots wirksamer psychosozialer Krisenhilfe ist eine dringliche gesundheitspolitische Aufgabe.

Der Jahresbezugspreis beträgt 58,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 29,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 11,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden bei: Nomos Verlagsgesellschaft, 76520 Baden-Baden, Telefon 07221 2104-39, Fax 07221 210443, E-Mail hohmann@nomos.de

die Hälfte der Personen, die überschuldet waren oder einen finanziellen Engpass zu meistern hatten, war arbeitslos gemeldet. Arbeitslosigkeit war auch bei knapp einem Drittel Auslöser der finanziellen Schwierigkeiten. Nahezu die Hälfte (45%) der Personen lebte allein, wobei deutlich mehr alleinlebende Männer als Frauen auf die Hilfe der Beratungsstellen angewiesen waren. Damit sind Singlehaushalte überproportional an der Überschuldung beteiligt. Bei 36 Prozent der untersuchten Fälle waren Kinder von den Konsequenzen betroffen. Alleinerziehende Frauen machten 14 Prozent aller überschuldeten Personen aus, repräsentieren aber nur drei Prozent der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren. Jüngere Menschen unter 20 Jahren und Senioren über 65 zählen nur selten zur Klientel der Beratungsstellen. Dagegen gehörten 30 Prozent aller beratenen Personen der Altersgruppe zwischen 35 und 45 Jahren an, und damit deutlich mehr, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren entspricht (20%).

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

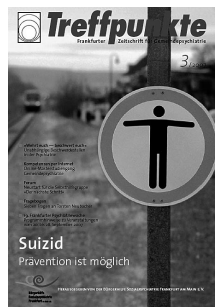
»Lebenswelt« in der Sozialen Arbeit

Der Begriff der »Lebenswelt« ist im Diskurs der Sozialen Arbeit inzwischen ebenso geläufig wie die Forderung nach der Orientierung an eben dieser. Der inflationäre Gebrauch geht jedoch mit einer begrifflichen Beliebigkeit einher, meint Prof. Dr. Björn Kraus von der Evangelischen Fachhochschule Freiburg. Er versuchte in einem Beitrag eine innerdisziplinäre Verständigung und Präzisierung des Begriffs der Lebenswelt. Der 14-seitige Artikel steht auf der Website der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung (http://www.dgsinfo.de/pdf/Kraus_Lebenswelt.pdf).

Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V., Postfach 11 29, 74370 Sersheim, Telefon 07042 3948, Fax 07042 815540, E-Mail info@dgsinfo.de, Internet <http://www.deutsche-gesellschaft-fuer-soziale-arbeit.de>

Suizidgefahr — zur Hilfe verpflichtet?

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialen Diensten haben gelegentlich mit suizidgefährdeten Klienten zu tun. Die ethische und professionelle Pflicht zur Hilfe für Menschen in existenziellen Krisen steht außer Frage. Differenzierter stellt



sich die strafrechtliche Betrachtung solcher Situationen dar, stellt Prof. Dr. Friedrich Barabas von der Fachhochschule Frankfurt am Main in einem Beitrag für die Psychiatrie-Zeitschrift »Treffpunkte« fest. Die Verhinderungspflicht eines Freitods besteht danach in all den Fällen nicht, in denen von einem frei verantworteten Handeln ausgegangen werden kann. Bei einem »Bilanzsuizid« oder einer Selbsttötung bei schwerer Erkrankung besteht keine strafrechtlich erzwingbare Pflicht, zu handeln. Etwas anderes gilt, wenn der Lebensmüde nicht oder nicht mehr in der Lage ist, frei zu entscheiden. In diesem Zusammenhang kann es bei einer entsprechenden Garantenstellung sowie der vorsätzlichen oder fahrlässigen kausalen Verletzung von Sorgfaltspflichten zu strafbarem Verhalten kommen. Die Eheberaterin beispielsweise, die nichts unternimmt, obwohl der Freitod einer Klientin nach dem Tode ihres Ehemannes vorhersehbar ist, weil sie nicht mehr ein noch aus weiß, verletzt ihre professionellen Sorgfaltspflichten und kann sich strafbar machen. Die Ausgabe 3/2007 der Zeitschrift »Treffpunkte« mit verschiedenen Beiträgen zum Thema Suizid kostet fünf Euro.

Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V., Holbeinstraße 25-27, 60596 Frankfurt am Main, Telefon 069 96201869, Fax 069 627705, E-Mail gst@bsf-frankfurt.de, Internet <http://www.bsf-frankfurt.de>

Pro Dokument gGmbH mit dem Innovationspreis ausgezeichnet

Innovation für den Mittelstand — dieses Prädikat mussten Unternehmen und deren Produkte, Lösungen und Dienstleistungen erfüllen, um zu den Gewinnern des Innovationspreises 2007 für Information und Telekommunikation der Initiative Mittelstand zu gehören. Über 1.200 Bewerbungen gingen bei der Jury ein. Sieger in der Kategorie Dokumenten-Management wurde die Pro Dokument gemeinnützige GmbH, eine Tochter der Sozialgruppe Kassel e. V. Die vor fünf Jahren gegründete Pro Dokument gGmbH ist als Dienstleister in den Bereichen digitaler Dokumentenarchivierung,

Aktenvernichtung und manueller Datenerfassung tätig. In der vom Landeswohlfahrtsverband mit 1,2 Millionen Euro geförderten Einrichtung werden von schwerbehinderten Mitarbeitern täglich bis zu 200.000 Blatt Papier gescannt. In der angeschlossenen Aktenvernichtungsanlage der Kasseler Werkstatt (ebenfalls Sozialgruppe) werden bis zu acht Tonnen Belege unter Einhaltung sehr hoher Sicherheitsstandards (DIN 32757) vernichtet. Insgesamt beschäftigt Pro Dokument 35 Mitarbeiter, davon drei Auszubildende; 25 Mitarbeiter sind schwerbehindert.

Pro Dokument gemeinnützige GmbH, Müндener Straße 45, 34123 Kassel, Telefon 0561 529907-40, Fax 0561 529907-41, E-Mail info@pro-dokument.de, Internet <http://www.pro-dokument.de>

Ehrenamt: Neues Webportal des Bundes

Das Bundesverwaltungsamt hat auf seiner Website (www.bund.de) ein neues Webportal zum Ehrenamt integriert. Es bietet Links zur allgemeinen Information über das Ehrenamt und über bürgerschaftliches Engagement sowie Verweise zu einschlägigen Organisationen. Darüber hinaus bietet es Zielgruppeninformationen für Jugendliche, Senioren und Menschen mit Migrationshintergrund.

Internet http://www.bund.de/nm_189472/DE/BuB/A-Z/E-wie-Elterngeld/Ehrenamt/Ehrenamt-knoten.html__nnn=true

Handbuch: Hilfen aus einer Hand



Viele Leistungserbringer denken über Kooperationen mit anderen Trägern von Diensten und Einrichtungen nach. Dem Nutzer könnte dadurch beispielsweise ein individuell zusammengestelltes und wirtschaftlich zu erbringendes Paket von Dienstleistungen angeboten werden. Was in der Theorie einleuchtend klingt, scheitert oft in der Praxis. Denn welche rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es? Welche Voraussetzungen sind notwendig für erfolgreiche Kooperationen, wie steuert und gestaltet man sie? Mehr Kooperation durch neue Versorgungskonzepte - zum Beispiel Case Management und Sozialraumorientierung? Die »Arbeitshilfe Kooperation« des Paritätischen Wohlfahrts-

Kennzahlen

verbandes in Nordrhein-Westfalen will auf diese Fragen antworten geben. Die Broschüre besteht aus zwei Teilen:

- Im Teil A wird Kooperation als Strukturmerkmal des Paritätischen dargestellt. Zahlreiche ausführlich beschriebene Praxisbeispiele verdeutlichen, was schon jetzt in Sachen Kooperation und Vernetzung erfolgreich im Verband geleistet wird. Ferner wird der Zusammenhang dargestellt mit teilweise neuen Versorgungskonzepten wie Case Management und Sozialraumorientierung.
- Der Teil B enthält Arbeitsmaterialien. Hier können fachlich-methodische und rechtliche Grundlagen für die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit nachgelesen werden. So gibt es neben einer umfassenden Einführung in das Thema Kooperation zahlreiche Checklisten, die vielleicht interessante Erkenntnisse liefern zu Fragen wie: Sind wir fit für Kooperationen? Welche Stärken bringen wir mit? Welche Fehler können wir vermeiden?

Arbeitshilfe Kooperation. Erfolgreich zusammenarbeiten im Paritätischen Wohlfahrtsverband. 2. Auflage 2005. 80 Seiten, 10,- Euro zzgl. Versandkosten. Sonderkondition für Mitgliedsorganisationen 5,- Euro zzgl. Versandkosten. Internet http://www.paritaet-nrw.org/content/e6629/e6639/e6644/index_ges.html

Krankenkassen besorgt über Zahl nicht krankenversicherter Personen

Die gesetzlichen Krankenkassen rufen bisher nicht krankenversicherte Menschen auf, sich bei den Krankenkassen zu melden, um einen Krankenversicherungsschutz sicherzustellen. Bislang machen noch zu wenige nicht versicherte Menschen von den neuen Zugangsmöglichkeiten zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung Gebrauch, erklärten die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen. Bis zum 1. August 2007 haben sich nur 42.914 bislang unversicherte Menschen bei den gesetzlichen Krankenkassen pflichtversichert; das sind deutlich weniger als von der Bundesregierung mit der Einführung der Versicherungspflicht zum 1. April 2007 prognostiziert. Die Regierung ging von etwa 400.000 Menschen aus, die keinen Versicherungsschutz im Krankheitsfall haben.

Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V., AEV – Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V., Frankfurter Straße 84, 53721 Siegburg, Ansprechpartnerin Michaela Gottfried, Telefon 02241 108-293, E-Mail info@vdak-aev.de, Internet <http://vdak-aev.de>

Verlief die Verständigung zwischen Politik und Sozialarbeit früher über Sprache, so sind jetzt Zahlen und Kennziffern gefragt.

Dr. Hejo Manderscheid,
Direktor des Diözesancaritasverbandes Limburg e. V.

222

Betrag in Euro, der im Jahre 2006 rechnerisch je Einwohner in Deutschland für die Sozialhilfe ausgegeben wurde

47

Zahl der Tage, die soziale Dienstleister im Jahre 2006 für eine Stellenbesetzung brauchten, gerechnet vom Beginn der Personalsuche bis zur Entscheidung für einen Bewerber (Durchschnitt Gesamtwirtschaft: 49 Tage)

10.941

Anzahl der sich aus deutschem und europäischem Recht ergebenden Informations-, Berichts- und Dokumentationspflichten für deutsche Unternehmen (aufgelistet in einer öffentlich zugänglichen Datenbank der Bundesregierung: <http://www.bundesregierung.de/informationspflichten>)

1.100

Pauschale in Euro, die nach einem Urteil des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt für die Wohnungserstausstattung eines Beziehers von Arbeitslosengeld II ausreichend ist (Az.: L 2 B 261/06 AS ER)

13,77

Durchschnittliche Bruttostundenverdienst in Euro teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich in Deutschland (Vollzeitbeschäftigte: 18,23 Euro)

6.345

Zahl der Fallmanager, die bei der Arbeitsverwaltung deutschlandweit für Vermittlung und Betreuung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern unter 25 Jahren zur Verfügung stehen

5.917

Zahl der Menschen, die am 31. März 2006 in Deutschland auf gerichtliche Anordnung in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht waren (§ 63 StGB)

Literatur-Umfrage 2007

	Jürgen Bombosch Geschäftsführer Sozialwesen im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland e. V.	Dieter Harant Geschäftsführer der IBPro Beratung im Sozialmanagement in München	Jürgen Matzat Leiter der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen Gießen	Prof. Dr. Gabriele Nellissen Hochschullehrerin für Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Vechta	Dr. Bernd Schubert Management Berater bei der Putz & Partner Unternehmensberatung AG in Hamburg
Ein Buch für Studierende	Klaus Dörner, Ursula Plog, Christine Teller, Frank Wendt: Irren ist menschlich. Lehrbuch der Psychiatrie und Psychotherapie. 3. überarbeitete Auflage der Neuausgabe von 2002. Psychiatrie-Verlag, Bonn 2007. 656 Seiten. 24,90 Euro. ISBN 978-3-88414-440-4.	Fritz Riemann: Grundformen der Angst. Eine tiefenpsychologische Studie. 36. Auflage. Reinhardt, München 2006. 213 Seiten. 14,90 Euro. ISBN 3-497-00749-8.	Bernhard Borgetto: Selbsthilfe und Gesundheit. Hans Huber, Bern 2004. 293 Seiten. 28,95 Euro. ISBN 3-456-84027-6.	Pascal Mercier: Nachtzug nach Lissabon. bbt Verlag, München 2006. 496 Seiten. 9,50 Euro.	Werner Küstenmacher et.al.: Mathe Macchiato, Cartoon-Mathematikurs für Schüler und Studenten. Addison Wesley in Pearson Education Deutschland, München 2003. 14,95 Euro. 208 Seiten. ISBN 3-8273-7061-2.
Ein Buch für die Praxis	Andreas Knuf: Leben auf der Grenze. Erfahrungen mit Borderline. Psychiatrie-Verlag, Bonn 2007. 240 Seiten. 13,90 Euro. ISBN 978-3-86739-003-3.	Klaus Doppler, Christoph Lauterburg: Change Management. Den Unternehmenswandel gestalten. 11. Auflage. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005. 533 Seiten. 69,- Euro. ISBN 3-5933-7808-6.	Jutta Seifert: Das Angehörigenbuch. Psychische Krankheit im Spiegel einer Angehörigengruppe. Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald 2004. 170 Seiten. 10,- Euro. ISBN 3-936705-43-7.	Wolfgang Budde, Frank Früchtel, Wolfgang Hinte (Hg.): Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006. 317 Seiten. 24,90 Euro.	Bernd Högemann: Due Diligence. Prüfung und Unternehmensbewertung von Akutkrankenhäusern. Wikom, Wegscheid 2006. 37,- Euro. 416 Seiten. ISBN 3-9808398-9-3.
Ein Buch für die Theorie	Harald Welzer: Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung. Verlag C. H. Beck, München 2005. 260 Seiten, 14,90 Euro. ISBN 3-406-52858-9.	Horvath und Partner (Hg.): Beyond Budgeting. Erfolgreich planen mit Advanced Budgeting. Schäffer/Poeschel, Stuttgart 2004. 260 Seiten. 39,95 Euro. ISBN 3-7910-2267-9.	Hans-Georg Gadamer: Über die Verborgenheit der Gesundheit. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1993. 213 Seiten. 14,80 Euro. ISBN 3-518-22135-3.	Norbert Hörster: Was ist Recht? Grundfragen der Rechtsphilosophie. C. H. Beck, München 2006. 160 Seiten. 10,90 Euro.	Wolfgang Seibel: Funktionaler Dilettantismus. Erfolgreich scheiternde Organisationen im Dritten Sektor zwischen Markt und Staat. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1994. 34,- Euro. 290 Seiten. ISBN 3-7890-3460-6.
Ein Buch, das neue Anstöße gibt	Sibylle Prins (Hg.): Seitenwechsel. Psychiatriee erfahrene Professionelle erzählen. Paranus Verlag, Neumünster 2007. 192 Seiten. 16,80 Euro. ISBN 3-926200-70-7 bzw. 978-3-926200-70-9.	Paula Lotmar und Edmund Tondeur: Führen in sozialen Organisationen. Ein Buch zum Nachdenken und Handeln. 7. Auflage. Haupt, Bern 2004. 257 Seiten. 32,50 Euro. ISBN 3-2580-6681-7.	Martin Härter et al.: Gemeinsam entscheiden – erfolgreich behandeln. Deutscher Ärzte-Verlag, Köln 2005. 247 Seiten. 29,95 Euro. ISBN 3-7691-3250-5.	Volker Neumann, Dörte Nielandt, Albrecht Philipp: Erbringung von Sozialleistungen nach Vergaberecht? Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2004. 114 Seiten. 29,- Euro.	Thomas Eisenreich, Bernd Halfar, Gabriele Moos (Hg.): Steuerung sozialer Betriebe und Unternehmen mit Kennzahlen. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005. 34,- Euro. 166 Seiten. ISBN 3-8329-0714-9.
Ein Buch für Leser, die über den Zaun blicken wollen	Wilhelm Schmid: Mit sich selbst befreundet sein. Von der Lebenskunst im Umgang mit sich selbst. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2004. 433 Seiten. 19,80 Euro. ISBN 3-518-41656-1.	Claude Steiner: Wie man Lebenspläne verändert. Die Arbeit mit Skripten in der Transaktionsanalyse. 11. Auflage. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2005. 372 Seiten. 19,90 Euro. ISBN 3-8738-7192-0.	Manfred Lütz: Lebenslust. Wider Diät-Sadisten, den Gesundheitswahn und den Fitness-Kult. Droemer Knaur, München 2005. 268 Seiten, 8,90 Euro. ISBN 3-426-77695-2.	Thorsten Kingreen: Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsverbund. Mohr Siebeck, Tübingen 2003. 659 Seiten. 124,- Euro.	Dietrich Dörner: Die Logik des Misslingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen. 5. Auflage. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 2003. 9,90 Euro. 350 Seiten, ISBN 3-499-61578-9.
Ein Klassiker, den man wieder einmal lesen sollte	Bertholt Brecht: Die Dreigroschenoper. 40. Auflage. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2006. 128 Seiten. 5,50 Euro. ISBN 3-518-10229-X.	Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld, Hans Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. 19. Auflage. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1975. 147 Seiten. 8,- Euro. ISBN 3-5181-0769-0.	Michael Lukas Moeller: Anders Helfen! Selbsthilfegruppen und Fachleute arbeiten zusammen. Neuaufgabe. Psychosozial Verlag, Gießen 2005. 29,90 Euro. UMBID 978-3-89806-579-5.	Gerhard Fieseler, Reinhard Herberth: Recht der Familie und Jugendhilfe. 6. Auflage. Luchterhand, Neuwied 2005. 472 Seiten. 24,90 Euro.	Horváth & Partners: Das Controllingkonzept. Der Weg zu einem wirkungsvollen Controllingssystem. 6. Auflage. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2005, 12,- Euro. 320 Seiten. ISBN 3-423-05812-9.
Mein Buch des Jahres	Michaela Amering und Margit Schmolke: Recovery. Das Ende der Unheilbarkeit. Psychiatrie-Verlag, Bonn 2007. 304 Seiten. 24,90 Euro. ISBN 978-3-88414-421-3.	Dieter Brandes: Einfach managen. Klarheit und Verzicht - der Weg zum Wesentlichen. 2. Auflage. Piper, München 2006. 176 Seiten. 8,95 Euro. ISBN 3-492-24329-0.	Sibylle Herbert: Überleben Glücksache. Was Sie als Krebspatient in unseren Gesundheitswesen erwartet. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main 2005. 319 Seiten. 8,95 Euro. ISBN 3-502-14002-2.	Udo di Fabio: Die Kultur der Freiheit. C. H. Beck, München 2005. 295 Seiten. 19,90 Euro.	Patrick Lencioni: Der Putzmann und der Manager. Ein fabelhaftes Führungsbuch. 2. Auflage. Econ, München 2002, 15,95 Euro. 158 Seiten. ISBN 3-430-15974-1.